# Wissenschaftlich-publizistische Prognosen

## Ulrich Beck:
## Die Arbeitsgesellschaft als Risikogesellschaft

*Prof. Dr. Ulrich Beck, geb. 1944 in Stolp/Pommern, Studium der Soziologie, Philosophie, Psychologie und der Politischen Wissenschaft in Freiburg und München, lehrt Soziologie an der Universität München.* +

Die größte Zuwachsrate überall auf der Welt hat die „prekäre" Arbeit. Das Herausragende ist der Einbruch des Diskontinuierlichen, Flockigen, Informellen in die westlichen Bastionen der Vollbeschäftigungsgesellschaft: die Brasilianisierung des Westens. Wenn diese Dynamik anhält, wird in zehn Jahren jeder zweite Beschäftigte „brasilianisch" arbeiten.

Die Leitidee der Vollbeschäftigung zerfällt: zwei Prozent Arbeitslose, Normalarbeit als Regelfall, soziale Identität und Sicherheit qua Job – all das ist Geschichte.

Die Entwicklung in Deutschland steht für die Entwicklung in anderen westlichen Gesellschaften: In den sechziger Jahren gehörte erst ein Zehntel der Arbeitnehmer dieser Gruppe der prekär Beschäftigten an. In den siebziger Jahren war es bereits ein Fünftel, in den achtziger Jahren ein Viertel, und in den neunziger Jahren ist es ein Drittel. Wenn diese Entwicklungsgeschwindigkeit anhält, und dafür spricht vieles, dann wird in zehn Jahren nur noch jeder zweite abhängig Beschäftigte einen dauerhaften Vollzeitarbeitsplatz einnehmen, während sozusagen die andere Hälfte „brasilianisch" arbeitet.

### Die politische Ökonomie der Unsicherheit

Hier zeigt sich, was im Rahmen einer politischen Ökonomie der Unsicherheit – oder politischen Ökonomie der Weltrisikogesellschaft – im einzelnen begriffen und entfaltet werden muss.[1] *Erstens* drückt sich in der politischen Ökonomie der Unsicherheit das neue Machtspiel und Machtgefälle aus zwischen territorial fixierten politischen Akteuren (Regierungen, Parlamente, Gewerkschaften) und nicht territorial gebundenen wirtschaftlichen Akteuren (Kapital-, Finanz- und Handelsmächte). Dazu gehört *zweitens* der begründete Eindruck, dass der Handlungsspielraum der Staaten auf das Dilemma geschrumpft ist, entweder zunehmende Armut mit hoher Arbeitslosigkeit zu bezahlen (wie in den meisten europäischen Ländern) oder aber eklatante Armut für etwas weniger Arbeitslosigkeit hinzunehmen (wie in den USA).

1 Dies ist bereits Thema in U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, Kapitel VI, S. 220-248; siehe dazu auch J. Habermas, Die post-nationale Konstellation, Frankfurt/M. 1998.

Das hängt *drittens* damit zusammen, dass die Erwerbsgesellschaft sich ihrem Ende zuneigt, je mehr die Menschen durch den Einsatz intelligenter Technologien ersetzt werden. Die steigende Arbeitslosigkeit lässt sich also nicht länger auf zyklische Wirtschaftskrisen zurückführen, sondern auf die Erfolge eines technologisch avancierten Kapitalismus. Heißt also: Das alte wirtschaftspolitische Instrumentarium versagt, und alle Erwerbsarbeit gerät unter den Noch-Vorbehalt drohender Ersetzbarkeit.

Die politische Ökonomie der Unsicherheit bedingt damit *viertens* einen Domino-Effekt: Was sich in guten Zeiten wechselseitig ergänzt und gestärkt hat – Vollbeschäftigung, sichere Renten, hohes Steueraufkommen, Spielräume staatlicher Politik –, gefährdet sich nun wechselseitig: Erwerbsarbeit wird prekär; die Grundlagen des Sozialstaates zerfallen; die Normalbiographie wird brüchig; Altersarmut wird vorprogrammiert; aus den leergefegten Kassen der Kommunen kann der anschwellende Sturm auf die Sozialhilfe nicht finanziert werden.

Entsprechend geraten *fünftens* die orthodoxen Verteidigungsstrategien in die Defensive: Überall wird „Flexibilität" eingeklagt – oder mit anderen Worten: Ein „Arbeitgeber" soll seine „Arbeitnehmer" leichter „feuern" können. „Flexibilität" heißt auch: Umverteilung von Risiken vom Staat und von der Wirtschaft auf die Individuen. Die verfügbaren Jobs werden kurzfristig, leichter kündbar, heißt „erneuerbar". „Flexibilität" meint schließlich: „Freue dich, dein Wissen und Können ist veraltet, und niemand kann dir sagen, was du lernen musst, damit du in Zukunft gebraucht wirst."

Die Folge ist: Je mehr Arbeitsbeziehungen „dereguliert" und „flexibilisiert" werden, desto schneller verwandelt sich die Arbeitsgesellschaft in eine Risikogesellschaft, die weder für die Lebensführung des Einzelnen noch für Staat und Politik kalkulierbar ist; und desto wichtiger wird es zugleich, die politische Ökonomie des Risikos[2] in ihren widersprüchlichen Folgen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu enträtseln. Eines jedenfalls ist klar: Endemische Unsicherheit ist das Merkmal, das die Lebenswelt und Lebensgrundlage der Mehrheit der Menschen – auch in der scheinbar wohlhabenden Mitte! – in Zukunft kennzeichnet.

Unter dem Einfluss der politischen Ökonomie der Unsicherheit ändert sich das Erscheinungsbild der Gesellschaft also dramatisch. In schmalen Zonen spitzen sich extreme Eindeutigkeiten zu: im obersten Oben und im untersten Unten, das eigentlich kein Unten mehr ist, sondern ein Außen. Dazwischen entfalten, mischen und verschachteln sich Uneindeutigkeiten. Mehr und mehr Menschen leben sozusagen zwischen den Kategorien von Arm und Reich.

Diese zwischenkategoriellen Existenzen in einer „Sozialstruktur der Uneindeutigkeit" sind aber sehr wohl bestimmbar, rekonstruierbar. Insofern handelt es sich um eindeutige Uneindeutigkeiten. Die politische Ökonomie der Uneindeutigkeit erzeugt – anders als die proletarische und bürgerliche Klassengesellschaft – keine Kultur des Weder-Noch, sondern eine Kultur des Sowohl-als-auch. Was zunächst einmal heißt: Oben und Unten polarisieren nicht mehr eindeutig, sondern überlappen und verschmelzen neuartig zu einer Art Aspekt-Gesellschaft regiert die Unsicherheit. Entsprechend der Bedeutung von Wissen und Kapital kommt es zu

2 Genauer müßte hier von „Gefahr" die Rede sein, insofern „Risiko" kalkulierbare, berechenbare Unsicherheit meint, „Gefahr" (zweiter Ordnung) dagegen unkalkulierbare Unsicherheit (die aus zivilisatorischen Entscheidungen hervorgegangen ist); siehe dazu U. Beck, Überlebensfragen, Sozialstruktur und ökologische Aufklärung, in: ders., Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1991, S. 117-140; N. Luhmann, Soziologie des Risikos, Berlin 1994; W. Bonß, Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewißheit in der Moderne, Hamburg 1995.

Spaltungen in den Gesellschaften, möglicherweise sogar zu einem kollektiven Abstieg ganzer Ländergruppen. Dies mag anfangs durch die Rhetorik des „selbsttätigen unternehmerischen Individualismus" symbolisch überspielt, sozusagen diskursiv versüßt werden. Auf die Dauer kann aber nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass die Grundlagen hochgepriesener Sozialstaatlichkeit, damit wacher, alltäglicher Demokratie, im Ganzen also das Selbstbild der auf dem „institutitionalisierten Klassenkompromiss" gegründeten Arbeitsbürger-Gesellschaft zerfallen.[3]

Das Experiment des Euro beginnt also in einem historischen Augenblick, wo mit dem unwiderruflichen Verlust der Vollbeschäftigung im klassischen Sinne das Selbstverständnis und das politische Nachkriegsprojekt Europas zur Disposition stehen. Wenn der globale Kapitalismus in den Ländern des Westens den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst, zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie. Niemand täusche sich: Der Eigentümer-Kapitalismus, der auf nichts als Gewinn zielt und die Beschäftigten, den (Sozial-)Staat und die Demokratie ausgrenzt, gibt seine eigene Legitimität auf. Die neoliberale Utopie ist eine Form demokratischen Analphabetentums. Der Markt trägt seine Rechtfertigung gerade nicht in sich. Diese Wirtschaftsweise ist nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie, also dem demokratischen Staat lebensfähig. Wer nur auf den freien Markt setzt, zerstört mit der Demokratie auch diese Wirtschaftsweise. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten in Asien, Russland und Südamerika im Herbst 1998 geben davon nur einen Vorgeschmack.

Niemand stellt den Kapitalismus heute noch in Frage. Wer sollte das auch wagen? Der einzige potente Gegner des Kapitalismus ist der Nur-noch-Gewinn-Kapitalismus selbst. Hiobsbotschaften am Arbeitsmarkt gelten als Siegesmeldungen an der Wall-Street. Das dahinter stehende Kalkül ist einfach. Wenn die Arbeitskosten sinken, steigt der Gewinn.

Doch nicht, dass der technologisch avancierte Kapitalismus nationalstaatliche Schranken niederreißt und mit immer weniger Arbeit immer mehr produziert, sondern dass er politische Initiativen zu einem neuen europäischen Gesellschaftsmodell und Gesellschaftsvertrag blockiert, raubt ihm seine Legitimation. Wer heute über Arbeitslosigkeit nachdenkt, darf nicht als Gefangener der alten Begriffe sich im Streit über den „zweiten Arbeitsmarkt", die „Senkung der Lohnkosten" oder die „Staatsquote" verlieren, sondern muss fragen: Wie wird Demokratie jenseits der Vollbeschäftigungsgesellschaft möglich? Was als Ende und Verfall erscheint, muss umgemünzt werden in eine Gründerzeit für neue Ideen und Modelle, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für das 21. Jahrhundert öffnet.

## Das Recht auf diskontinuierliche Erwerbstätigkeit

Der „pessimistische Optimist" André Gorz argumentiert: Wenn alle Rezepte nichts mehr nützen, dann bleibt nur, die „Krise" anzuerkennen und zur Grundlage der neuen Normalität zu machen. „Wir verlassen die Arbeitsgesellschaft, ohne die Umrisse einer neuen zu suchen", schreibt Gorz und deckt im Elend der Gegenwart Umrisse einer alternativen Gesellschaftsentwicklung auf, die Sicherheit und Freiheit für alle neu aufeinander abstimmt. „Wir wissen, wir fühlen, wir begreifen, dass wir alle potentielle Arbeitslose sind, potentielle Unterbe-

3 Dies ist letztlich auch der Tenor des Kommissionsberichtes der bayerisch-sächsischen Kommission für Zukunftsfragen, der gerade nicht (wie oft behauptet wird) das optimistische Credo des Neoliberalismus wiederholt, sondern deren Schattenseiten aufzeigt und ausmalt.

schäftigte, Teilzeit-Arbeiter, Jobber, prekär Beschäftigte. Aber was jeder von uns einzeln weiß, ist noch nicht zum Bewusstsein unserer gemeinsamen, neuen Wirklichkeit geworden." Erst nach dem Offenbarungseid, der lautet: Die Utopie des freien Marktes ist nicht die Lösung, sondern eine wesentliche Problem-Ursache – übrigens wird auch ein neues Turbo-Wachstum die gute alte Vollbeschäftigungsgesellschaft nicht wieder beleben. Erst dann kann man neue Ziele und Wege eines neuen Gesellschaftsmodells entwerfen und gehen.

André Gorz entwirft einen Perspektivenwechsel. Er dreht den Mangel an Arbeit um und begreift ihn als Wohlstand an Zeit, im Mangel an Wachstum entdeckt er den Aufruf zum Selbst-Tätigwerden.[4] Ich schlage vor, noch einen entscheidenden Schritt weiter zu gehen: Die Antithese zur Arbeitsgesellschaft ist die Stärkung der politischen Gesellschaft der Individuen, der aktiven Bürgergesellschaft vor Ort, einer zugleich lokalen und transnationalen Bürgerdemokratie in Europa. Diese Gesellschaft der aktiven Bürger, die nicht mehr im Container des Nationalstaats verbleibt und deren Aktivitäten vor Ort und zugleich über Grenzen hinweg organisiert sind, kann im Kleinen lokale Antworten auf die großen Herausforderungen der Zweiten Moderne finden und entwickeln – als da sind Individualisierung, Globalisierung, schrumpfende Erwerbsarbeit und ökologische Krisen. Denn auf diese Weise werden – oft konfliktvoll – in kommunalen Projekten (ökologische Initiativen, Agenda 21, Arbeit mit Obdachlosen, Theater-, Diskussions- und Kulturzentren) kommunale Demokratie und Identität belebt.

Eine Vision, in der an die Stelle der auf Erwerbsarbeit zentrierten und fixierten Gesellschaft Schritt für Schritt die Ermöglichung von Zeitsouveränität und erfahrbarer politischer Freiheit in selbstorganisierten Aktivitätsnetzen tritt, sieht sich dementsprechend zahlreichen Fragen und Dilemmata ausgesetzt: Wie organisiert man Spontaneität? Ist das nicht eine Ideologie, die den Staat, insbesondere den Sozialstaat von seiner Verantwortung für die Versorgung seiner Bürger entlastet?

Zivilgesellschaft und Direktdemokratie setzen voraus, dass die Bürger Energie für Engagement aufbringen und einsetzen können. Sind damit nicht diejenigen ausgeschlossen, die am sozialen und politischen Leben nicht teilnehmen können, weil sie wirtschaftlich unter Druck oder am Abgrund stehen und kulturell ausgegrenzt sind? Entspringt die Idee der Bürgerdemokratie also nicht einer Mittelschichtsidylle? Und: Wird auf diese Weise nicht vielleicht sogar kontraproduktiv ein Billiglohnsektor eröffnet, der zum Abbau regulärer Erwerbsarbeit beiträgt?

Ferner darf diese Gegenvision zur falschen Hoffnung der Wiederkehr der Vollbeschäftigungsgesellschaft weder auf eine neue Klassenspaltung zwischen den Erwerbsarbeitern einerseits und andererseits den Bürgerarbeiterinnen und Bürgerarbeitern hinauslaufen noch zu einer Verdrängung der Frauen aus der Erwerbsarbeit und zur Zementierung ihrer Doppelbelastung zwischen Erwerbs- und Familienarbeit führen. Insofern ist die Belebung der kommunalen Demokratie an folgende Voraussetzungen der Arbeitsteilung in der „multiaktiven" Gesellschaft gebunden:

- Eine Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollerwerbsarbeit für alle.
- Jede und jeder, Frauen und Männer, sollen ein Bein in der Erwerbsarbeit haben, so weit sie das wollen.
- Elternarbeit, Arbeit mit Kindern werden ebenso wie künstlerische, kulturelle und politische Bürgerarbeit gesellschaftlich anerkannt, indem sie beispielsweise Ansprüche an Rente und Krankenversicherung gewähren.

---

4 André Gorz, Arbeit zwischen Elend und Utopie, Frankfurt/M. 1998.

- Das gleichzeitige Engagement in Erwerbs- und Bürgerarbeit setzt damit schließlich auch eine Umverteilung der Familienverpflichtungen zwischen Männern und Frauen voraus.

Konkret stellt sich damit die Frage: Wie wird eine postnationale und zugleich politische Bürgergesellschaft in Europa möglich? Meine Antwort: Nur wenn es gelingt, das neue Prekäre der Beschäftigungsformen in ein Recht auf diskontinuierliche Erwerbstätigkeit, ein Recht auf wählbare Zeit, auf eine in tarifliche Rahmenbedingungen eingebettete neue Arbeitszeit-Souveränität umzuwandeln, können neue Freiräume in der Abstimmung von Arbeit, Leben und politischem Handeln entstehen und gesichert werden. Jedem Menschen wird es somit ermöglicht, sein Leben über einen Zeitraum von einem oder mehreren Jahren im Übergang von Familie, Erwerbstätigkeit, Muße, politischem Engagement mit den Ansprüchen und Anforderungen anderer abzustimmen und selbsttätig zu gestalten.

Die rückwärts gewandte Vollbeschäftigungsnostalgie ist die letzte Bastion, die mit Zähnen und Krallen verteidigt wird, damit die wirklich großen, drängenden Fragen der Zweiten Moderne nicht offen hervorbrechen: Wie können die Grenzen des Wachstums in lebbare Lebens- und Arbeitsformen umgesetzt werden? Wie werden ein politisches Europa, eine europäische Verfassung und Bürgergesellschaft möglich, die es erlauben, die europäische Idee der Demokratie für das globale Zeitalter neu auszubuchstabieren? Welche Antworten zwischen Protektionismus und Gleichgültigkeit finden die Länder auf die möglichen Bevölkerungswanderungen von den armen in die reichen Regionen der Welt? Wie werden Lieben und Leben nach der Geschlechter-Revolution möglich? Was heißt globale Gerechtigkeit – oder bescheidener: Wie wird dies transnational zu einer vitalen Frage politischer Debatten? Zu groß, zu einschüchternd scheinen diese Herausforderungen. Und doch gilt: In dem Maße, in dem der Verlust der Arbeitsmitte Gesellschaft und Demokratie gefährdet, können genau diese Fragen die neue Mitte einer zu errichtenden, zugleich lokalen und transnationalen Welt-Bürgergesellschaft bilden.